



## Der Medienrummel und die Realitäten

Von ADN-Korrespondent Horst Schäfer

**Passau.** Nach dem Medien- und Politikerrummel in der BRD um den „Tag X“ sehen sich die in einer illegalen Nacht-und-Nebel-Aktion abgeworbenen DDR-Bürger ihrem Schicksal überlassen. Die meisten der vielen hundert Reporter und Kameraleute, die sich im Raum Niederbayern versammelt hatten, haben nunmehr jegliches Interesse an diesen Leuten verloren. Die „Show zieht weiter“, sagte der Mitarbeiter einer Fernsehgesellschaft, die in einem Hotel in Passau Hotelzimmer in Fernsehstudios verwandelt hatte und dabei die gesamte Stromversorgung zum Erliegen brachte.

Am Dienstag noch überschüttete die BRD-Presse ihre Leser mit Geschichten, in denen auf der ganzen Klaviatur von triefender Rührseligkeit bis militantem Nationalismus gespielt wurde. Nichts war so manchen Medienvertretern billig und abgeschmackt genug.

Nur selten mischte sich in die von Haß gegen die DDR geprägte Berichterstattung der BRD-Medien auch Nachdenkliches. So stellte der ZDF-Reporter Hirsch nach Gesprächen mit zahlreichen der „Flüchtlinge“ fest: „Nach der abenteuerlichen Reise wird manchem erst bewußt, auf was er sich da eingelassen hat.“ Und die „Süddeutsche Zeitung“ zitierte unter der vielsagenden Überschrift „Luftballons für die Landsleute von drüben“ einen Grenzbeamten mit den Worten: „Aber wer kümmert sich in einigen Wochen um sie, wenn die ganze Aufregung wieder vergessen und der Alltag eingekehrt ist?“ Und auch die „Stuttgarter Nachrichten“ warfen die Frage auf: „Mit einigem Argwohn muß gefragt werden: Was kommt nach dem Medienrummel?“ Wieviel Aufmerksamkeit bleibt noch übrig, wenn die Kameras wieder eingepackt sind und die Reporter abziehen?

Schon bei ihrer Ankunft in den bayerischen Aufnahmelagern mußten die Abgeworbenen feststellen, daß ihnen weder in bezug auf Wohnungen noch auf Arbeitsplätze feste Zusagen gemacht werden konnten. Auch die zuvor versprochene freie Ortswahl in der BRD war erheblich eingeschränkt. Für die meisten gebe es auch keine Chance, so wurde ihnen bedeutet, in ihren erlernten Berufen zu arbeiten. In den Lagern gab es zwar Schalter des Arbeitsamtes, doch die seien, so erfuhren die ehemaligen DDR-Bürger in erster Linie dazu

da, sie als Arbeitslose zu registrieren.

Bei ihrem Eintreffen in den Auffanglagern war den „Flüchtlingen“ auch ein Sonderdruck der „Passauer Neuen Presse“ mit Angeboten des Arbeitsamtes für angeblich offene Arbeitsstellen in der BRD übergeben worden. Gleichzeitig erfuhren sie von Beratern des Arbeitsamtesbezirkes, daß hier im August 6100 Bürger keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Allein in Niederbayern gebe es fast 24 000 Arbeitslose. Die Arbeitsämter in Passau und Deggendorf haben nach Bekanntwerden des „Sonderangebots“ an Arbeitsstellen für ehemalige DDR-Bürger Anfragen von einheimischen Arbeitslosen erhalten, warum die Behörden für die Unterbringung insbesondere der Langzeitarbeitslosen nicht ebensolche Anstrengungen unternehmen und solche spektakulären Propagandaaktionen durchführten wie für die Neuankömmlinge.

Die Erwartungen der abgeworbenen DDR-Bürger auf eigene Wohnung wurden am Dienstag auch durch eine Meldung in der „Passauer Neuen Presse“ erheblich gedämpft, daß in der 3-Flüsse-Stadt die gleiche Wohnungsnot herrsche wie in den Großstädten. Passau warte seit Jahren auf ein Regierungsdarlehen von 2,5 Millionen DM für den Bau von nur 18 Sozialwohnungen. Regierungsvertreter gaben auch zu, daß es nicht nur in Passau, sondern auch anderswo in der BRD selbst bei der provisorischen Unterbringung der „Flüchtlinge“ Probleme gebe. Auch deren Fragen nach Betreuung ihrer Kinder in Kindergärten konnten die Regierungsvertreter angesichts von über 500 000 fehlenden Kindergartenplätzen in der BRD nicht mit Zusagen beantworten.

Die Münchner „Abendzeitung“ erschien am Dienstag unter der mehrspaltigen Schlagzeile „Die Millionen-Spekulation: An wen hat Bonn wieviel gezahlt?“

Mit der Nacht-und-Nebel-Aktion zur Abwerbung von in Ungarn befindlichen DDR-Bürgern und dem damit verbundenen Medienrummel, so kann man hier immer wieder hören, haben so manche in der Bonner politischen Szene zweifellos auch das Ziel verfolgt, die massenhaften Proteste in der Bundesrepublik gegen die fortgesetzte Hochrüstung und die permanente Massenarbeitslosigkeit aus der öffentlichen Diskussion zu verdrängen.

[Quelle: Neues Deutschland, 13.9.1989.]